

## Entwicklungspolitik im Zentrum des politischen Geschehens

**Ein Raunen ging durch den Blätterwald, nicht sehr heftig, aber vernehmbar. Auch die entwicklungspolitische Community geriet ein wenig in Wallung. Denn das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ meinte als Folge der Tsunami-Katastrophe eine Neujustierung der deutschen Entwicklungspolitik ausgemacht zu haben. Die beiden Alpha-Tiere des politischen Berlin hätten das Thema für sich und ihre Interessen entdeckt und entsprechenden Kompetenzen reklamiert. Von einer schleichenden Entmachtung der BMZ-Chefin war die Rede. Entwicklungspolitik werde künftig zu einem Instrument globaler Wirtschafts- und Außenpolitik instrumentalisiert.**

Hörte da jemand das Gras wachsen oder wurde nur wild spekuliert? Dass Joschka Fischer und Heidemarie Wiecek-Zeul einander nicht gerade in inniger Zuneigung verbunden sind und es in der Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und BMZ gelegentlich heftig knirscht, ist hinlänglich bekannt. Daher erschien es nicht völlig abwegig, dass Fischer, der seiner Kollegin die operativen Möglichkeiten des BMZ nicht wirklich gönnt, die Gunst der Stunde nutzen könnte, um seine Handlungsspielräume zu erweitern.

Zunächst aber ist festzustellen, dass der Außenminister nicht mehr und nicht weniger als seinen Job getan hat. Das Auswärtige Amt ist für Not- und Katastrophenhilfe zuständig und hat entsprechend gehandelt. Das war sein Auftrag. Die Kooperation zwischen den beteiligten Ressorts, einschließlich des BMZ, wird von den Beteiligten als gut beschrieben. Die Schwere der Katastrophe hat das Amt in ganz besonderer Weise gefordert und angesichts des übergroßen öffentlichen Interesses in den Mittelpunkt auch der medialen Wahrnehmung gerückt. Dass dies von einem Politiker, zumal vom Schlage Joschka Fischers, auch zur Selbstdarstellung genutzt würde, sollte nicht verwundern und ist nicht verwerflich.

Dies traf offenbar auch auf den Kanzler zu, der die Chance ergriff, um sich ein weiteres Mal nach der Elbflut 2002 als zupackender Krisenmanager zu beweisen. Von nicht geringer Bedeutung war dabei zweifellos die beispiellose Hilfs-

bereitschaft der deutschen Bevölkerung, hinter der man nicht zurück stehen wollte. So kam es zu der relativ schnellen Zusage von 500 Millionen Euro zusätzlicher öffentlicher Mittel für die nächsten drei bis fünf Jahre für Nothilfe und Wiederaufbau in den Tsunami-geschädigten Gebieten. Wo das Geld budgetiert wird, ist allerdings noch offen.

Auch macht- und außenpolitische Überlegungen flossen in die Entscheidungen ein. Das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat spielte gewiss eine Rolle. Immer wieder war das Argument zu hören, dass Deutschland seinen Anspruch auf einen Platz im Olymp der Weltpolitik nicht nur durch vermehrte Einsätze der Bundeswehr, sondern auch durch höhere Finanzmittel für die internationalen Entwicklungsaufgaben untermauern müsse.

In dieser Hinsicht macht die Bundesregierung keine gute Figur. Zwar hatte Rot-Grün den von der Regierung Kohl verantworteten Sinkflug der deutschen Entwicklungsleistungen gestoppt, diese aber auch nicht – wie versprochen – wesentlich gesteigert. Seit der Kölner Schuldeninitiative 1999 war von deutscher Seite zu weiter gehenden Schritten wenig zu hören. In der Debatte über innovative Möglichkeiten der Entwicklungsfinanzierung, z.B. durch eine Steuer auf Devisengeschäfte oder eine International Finance Facility (IFF), zeigte sich das BMZ in der Regel offen, das Finanzministerium hingegen konsequent ablehnend. Auf das internationale Image der Bundesregierung hatte sich vor allem wegen der Haltung von Finanzminister Eichel ein dicker Grauschleier gelegt.

Das Kanzleramt hatte Ende letzten Jahres die schlechte deutsche Ausgangslage für die entwicklungspolitischen Diskussionen erkannt, die für 2005 im Kontext des G8-Gipfels unter Vorsitz der ehrgeizigen Briten und der UN-Konferenz zu den Millenniums-Entwicklungszielen im September in New York anstehen.

Das Desaster in Südasiens bot der Bundesregierung die Chance, Solidarität und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Der Imagekorrektur diente auch der Auftritt des Kanzlers beim Weltwirtschaftsforum in Davos am 28. Januar. In einer bemerkenswerten Rede bekannte sich

Schröder zur Weltverantwortung Deutschlands und unterstrich die Notwendigkeit, dass die Industrieländer den weniger entwickelten Staaten deutlich mehr zu helfen hätten als in der Vergangenheit. Er lobte u.a. die britische IFF-Idee, was man so bisher von deutscher Seite noch nicht gehört hatte, und stellte sich gegen den Rat des Finanzministeriums überraschend hinter den Vorschlag von Chirac für eine globale Spekulationssteuer. Noch bleibt abzuwarten, was davon Rhetorik und was ernsthafter politischer Wille ist. Aber immerhin, das Thema steht auf der Agenda, und nicht zuletzt die NROs werden dafür kämpfen, dass die notwendigen Entscheidungen in diesem Jahr fallen.

Dass das neu erwachte Interesse von Kanzler und Außenminister an der Entwicklungspolitik mit den außenpolitischen Ambitionen der Bundesregierung zusammenhängt, lässt sich also schwer bestreiten. Schadet dies der Entwicklungspolitik? Zunächst einmal bestimmt nicht. Im Gegenteil. Schon lange fordern NROs, dass sie auch Chefsache sein und eine gesamtpolitische Kohärenz aufweisen müsse. Es kann der Entwicklungspolitik nur helfen, wenn sie vom Rand mehr ins Zentrum des politischen Geschehens rückt.

Schwächt das Ministerin Wiecek-Zeul? Inhaltlich gerade nicht, denn manches, was sie bisher alleine im Kabinett vertreten hat, wird nun vom Chef unterstützt. Strukturell steht die Zuständigkeit ihres Hauses für die langfristige Entwicklungszusammenarbeit und damit auch für den Wiederaufbau in den südasiatischen Katastrophengebieten nicht in Frage. Das hat sie in den vergangenen Wochen wiederholt festgestellt, ohne dass es Widerspruch gegeben hätte.

Problematisch wäre es allerdings dann, wenn sich die Hinwendung des politischen Spitzenpersonals zur Entwicklungspolitik auf ihren Nutzen für die Durchsetzung strategischer und wirtschaftlicher Interessen Deutschlands beschränkte. Dies würde der Sache, aber auch den Akteuren selbst schaden.

Reinhard Hermle

Der Autor leitet die Abteilung Entwicklungspolitik bei Misereor und ist Vorsitzender von VENRO.